

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	XXVII

I. Einleitung

A. Rechtsbegriffe und rechtswissenschaftliche Begriffe	1
B. Gesetzgebung – Gerichtsbarkeit – Verwaltung	2
1. Gesetzgebung – Gerichtsbarkeit – Verwaltung	2
2. Hoheitliche und nichthoheitliche Verwaltung	5
3. Verwaltungsrecht – Justizrecht	7
C. Materielles Recht – Organisationsrecht – Verfahrensrecht	9
D. Gegenstand des Lehrbuches	11
E. Die Entwicklung des Verwaltungsverfahrensrechts	11
F. Literatur und Rechtsprechung zum Verwaltungsverfahrensrecht	15

II. Grundlagen des Verwaltungsverfahrensrechts

A. Verfassungsrechtliche Vorgaben	19
1. Organisations- und grundrechtliche Vorgaben	19
a. Legalitätsprinzip	19
b. Trennung von Justiz und Verwaltung	20
c. Trennung der Vollzugsbereiche; mittelbare Vollziehung	22
d. Recht auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter	22
e. Das Recht auf ein faires Verfahren in Zivil- und Strafsachen	24
f. Der Gleichheitsgrundsatz	27
g. Rechtsstaatliche Anforderungen	28
h. Der verfassungsrechtliche Bescheidbegriff; der „verfahrensfreie Verwaltungsakt“	30
2. Kompetenzgrundlagen	35
B. Unionsrechtliche Vorgaben	41
C. Die Rechtsquellen des Verwaltungsverfahrensrechts	46
D. Der Anwendungsbereich der Verwaltungsverfahrensgesetze; Legaldefinitionen	47
1. Allgemeines	47

2. Vom Anwendungsbereich der Verwaltungsverfahrensgesetze ausgenommenen Angelegenheiten	50
3. Legaldefinitionen	53

III. Das allgemeine Verwaltungsverfahren

A. Behörden	55
1. Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden	55
a. Zwingender Charakter der Zuständigkeitsnormen	55
b. Sachliche Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden	58
c. Die örtliche Zuständigkeit	60
d. Zuständigkeitskonkurrenzen	62
e. Zuständigkeitskonflikte	64
2. Die „Willensbildung“ der Behörden	65
a. Die zuständigen Organwalter	65
b. Die Befangenheit von Organwaltern	67
B. Beteiligte und deren Vertreter	71
1. Partei- und Prozessfähigkeit	71
2. Parteien	74
a. Kriterien der Parteistellung	75
b. Arten von Parteien und Umfang der Parteirechte	80
c. Übergangene Parteien	83
d. Wechsel der Parteistellung	85
3. Beteiligte	86
4. Die prozessuale Vertretung	87
a. Allgemeines	87
b. Der „Vertreter“ (§ 10 Abs 1 AVG)	88
c. Rechtsbeistand	93
d. Abwesenheitskurator; Sachwalter	93
5. Exkurs: Identifikation bei elektronischer Kommunikation	94
a. Allgemeines	94
b. Elektronischer Identitätsnachweis – „E-ID“	97
c. Identifikation von Betroffenen; bereichsspezifische Personenkennzeichen	101
C. Verkehr zwischen Behörden und Beteiligten	102
1. Anbringen	102
a. Begriff und Gegenstand des Anbringens	102
b. Form von Anbringen	106
c. Zeit für Anbringen	112
d. Verbesserung mangelhafter Anbringen	113
e. Zurückziehung und Änderung von Anbringen	118
2. Rechtsbelehrung	120
3. Behördliche Beurkundungen	122
a. Niederschriften	122
b. Aktenvermerke	125
4. Akteneinsicht	126

5. Erledigungen	130
a. Genehmigung von Erledigungen	130
b. Die Bekanntgabe der Erledigung	132
6. Ladungen	137
D. Fristen	143
1. Bedeutung und Arten von Fristen	143
2. Fristberechnung; Einhaltung der Frist	144
E. Sitzungspolizei; Ordnungs- und Mutwillensstrafen	148
F. Die Einleitung des Verwaltungsverfahrens	154
G. Das Ermittlungsverfahren	155
1. Zweck und Grundsätze des Ermittlungsverfahrens	155
2. Aussetzung des Ermittlungsverfahrens wegen Vorfragen	160
3. Abwarten einer Vorabentscheidung	165
4. Die mündliche Verhandlung	169
a. Allgemeines	169
b. Die Anberaumung der Verhandlung	171
c. Die Präklusionswirkung der Verhandlung	175
d. Säumnisfolgen für den Antragsteller	187
e. Die Durchführung der Verhandlung	188
5. Großverfahren	190
6. Das Beweisverfahren	197
a. Allgemeines	197
b. Allgemeine Grundsätze über den Beweis	200
c. Urkunden	211
d. Zeugen	214
e. Vernehmung von Beteiligten	219
f. Sachverständige	219
g. Augenschein	229
h. Exkurs: Elektronischer Datennachweis	230
7. Der Entfall des Ermittlungsverfahrens	231
a. Allgemeines	231
b. Mandatsbescheide	232
H. Die Beendigung des Verwaltungsverfahrens	233
1. Bescheide	233
a. Der Begriff des Bescheides	233
b. Bescheid und Verfahrensanordnung	234
c. Arten von Bescheiden	236
d. Die Erlassung von Bescheiden	241
e. Die maßgebliche Sach- und Rechtslage	245
f. Form und Inhalt der Bescheide	248
g. Die Berichtigung von Bescheiden	263
2. Die Wirkungen von Bescheiden	266
a. Die Rechtskraft	266
b. Der Geltungsbereich von Bescheiden – die „Grenzen der Rechtskraft“	272
c. Die Vollstreckbarkeit	276

d. Tatbestands- und Gestaltungswirkung	277
3. Bescheidmängel; Mindestkriterien des Bescheides	279
4. Erledigung ohne Erlassung eines Bescheides	283
I. Rechtsschutz innerhalb der Verwaltung	284
1. Zweck und Instrumente des Rechtsschutzes	284
2. Die Vorstellung gegen Mandatsbescheide	287
3. Die Berufung im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde	289
a. Instanzenzug	289
b. Berufungslegitimation; Berufungsverzicht; Berufungszurückziehung	291
c. Form und Inhalt der Berufung	294
d. Berufsfrist; Einbringungsbehörde	297
e. Die Suspensivwirkung der Berufung	300
f. Die Berufungsmitteilung	304
g. Berufungsvorentscheidung und Vorlageantrag	305
h. Das Verfahren vor der Berufsbehörde	309
i. Die Entscheidungsbefugnis der Berufsbehörde	310
j. Form und Inhalt der Berufsentscheidung	319
4. Abänderung und Behebung von Bescheiden von Amts wegen	319
a. Allgemeines	320
b. Aufhebung und Abänderung von Bescheiden, aus denen niemandem ein Recht erwachsen ist	324
c. Aufhebung und Abänderung von Bescheiden in Wahrung des öffentlichen Wohles	326
d. Nichtigerklärung von Bescheiden	328
e. Sonstige Befugnisse zur Zurücknahme oder Einschränkung von Berechtigungen	331
f. Rechtskraftdurchbrechungen aus Gründen des Unionsrechts	331
5. Wiederaufnahme des Verfahrens	338
a. Allgemeines	339
b. Die Gründe für die Wiederaufnahme	340
c. Wiederaufnahme auf Antrag	348
d. Wiederaufnahme von Amts wegen	351
e. Die Wirkung der Wiederaufnahme; die neue Entscheidung im wiederaufgenommenen Verfahren	352
f. Rechtsschutz	354
6. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	355
a. Voraussetzungen der Wiedereinsetzung	355
b. Der Wiedereinsetzungsantrag	361
c. Zusammentreffen von Wiedereinsetzungsantrag und Rechtsmitteln	364
d. Entscheidung über den Wiedereinsetzungsantrag	365
e. Wirkung der Wiedereinsetzung	366
f. Rechtsschutz	366
7. Entscheidungspflicht und Rechtsschutz gegen Säumnis	367
a. Die Entscheidungspflicht der Verwaltungsbehörden	367
b. Der Devolutionsantrag	374
c. Die Entscheidung auf Grund des Devolutionsantrages; Rechtsschutz	377

8. Exkurs: Rechtsschutz vor den Verwaltungsgerichten	380
a. Allgemeines	380
b. Beschwerdearten	383
c. Grundsätzliches zum Verfahren vor den Verwaltungsgerichten	386
J. Kosten	388
1. Kosten der Beteiligten	388
2. Kosten der Behörde	390
a. Allgemeines	390
b. Barauslagen	391
c. Kommissionsgebühren	395
d. Bundesverwaltungsabgaben	395

IV. Das Zustellgesetz

A. Allgemeine Bestimmungen	399
1. Bedeutung der Zustellung	399
2. Der Geltungsbereich des Zustellgesetzes	399
3. Zustellverfügung und Zustellvorgang; Zustellmängel und deren Heilung	403
4. Zustellorgane	405
5. Empfänger	406
6. Zustellungsbevollmächtigte	408
7. Zustelladresse.....	411
a. Allgemeines	412
b. Abgabestellen	412
c. Elektronische Zustelladresse	416
d. Auswahl der Zustelladresse durch die Behörde	417
B. Physische Zustellung	418
1. Allgemeines	418
2. „Normale“ Zustellung mit Zustellnachweis	421
a. Ersatzzustellung	422
b. Hinterlegung nach § 17 ZustG	426
3. Zustellung zu eigenen Händen	428
4. Hinterlegung ohne Zustellversuch	428
5. Unmittelbare Ausfolgung	429
6. Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung	429
7. Annahmeverweigerung; Nachsendung; Zurückstellung	431
8. Zustellung ohne Zustellnachweis	432
C. Elektronische Zustellung	433
1. Elektronische Zustelldienste	434
a. Meldung und Zulassung von Zustelldiensten	434
b. Aufgaben und Leistungen der Zustelldienste	435
c. Bestimmung des Ermittlungs- und Zustelldienstes und Festlegung des Entgelts	437
d. Anmeldung bei einem Zustelldienst	438

2. Durchführung der elektronischen Zustellung	440
a. Allgemeines	440
b. Ermittlung des zuständigen Zustelldienstes	440
c. Elektronische Zustellung mit Zustellnachweis	441
d. Elektronische Zustellung ohne Zustellnachweis	444
3. Elektronische Zustellung ohne Zustelldienste	444
a. Zustellung an einer elektronischen Zustelladresse oder über das elektronische Kommunikationssystem der Behörde	444
b. Unmittelbare elektronische Ausfolgung	446
c. Anzeigemodul	446

V. Allgemeine Bestimmungen des Verwaltungsstrafrechts

A. Allgemeines	449
1. Das Verwaltungsstrafrecht	449
2. Die Entwicklung des Verwaltungsstrafrechts (VStG)	452
3. Verfassungsrechtliche Vorgaben für das Verwaltungsstrafrecht	454
B. Der Geltungsbereich des Verwaltungsstrafrechts	460
1. Allgemeines	460
2. Der zeitliche Geltungsbereich des Verwaltungsstrafrechts	461
3. Der räumliche Geltungsbereich des Verwaltungsstrafrechts	464
C. Die Verwaltungsübertretung	466
1. Die Elemente der Verwaltungsübertretung	466
2. Der Tatbestand	468
3. Die Rechtswidrigkeit	471
4. Schuld	473
a. Allgemeines	473
b. Das biologische Schuldelement (Zurechnungsfähigkeit)	475
c. Das psychologische Schuldelement (Vorsatz und Fahrlässigkeit)	476
d. Unrechtsbewusstsein – Verbotsirrtum	482
e. Das normative Schuldelement – die Zumutbarkeit rechtmäßigen Verhaltens; besondere Entschuldigungsgründe	484
5. Weitere Voraussetzungen der Strafbarkeit	487
6. Die „Erscheinungsformen“ der Verwaltungsübertretung	488
a. Allgemeines	488
b. Anstiftung und Beihilfe	490
c. Versuch	491
D. Besondere Fälle der Verantwortlichkeit	494
1. Strafrechtliche Verantwortlichkeit von Organen juristischer Personen	494
a. Allgemeines	494
b. Die Verantwortlichkeit der außenvertretungsbefugten Organe	497
c. Bestellung eines verantwortlichen Beauftragten	499
d. Erweiterte Wirkung von Verfolgungshandlungen	503
e. Sonderfälle der Verantwortlichkeit	503

f. Solidarhaftung der juristischen Person	504
2. Bestellung verantwortlicher Beauftragter durch Einzelunternehmer	506
E. Strafen	507
1. Allgemeines	507
2. Primäre Freiheitsstrafen	507
3. Geldstrafen und Ersatzfreiheitsstrafen	509
4. Verfall	511
5. Strafbemessung	515
a. Grundsätze der Strafbemessung	515
b. Anrechnung der Vorhaft	520
c. Außerordentliche Milderung der Strafe	521
6. Zusammentreffen von strafbaren Handlungen (Deliktiskonkurrenzen)	522

VI. Verwaltungsstrafverfahren und Strafvollstreckung

A. Allgemeine Bestimmungen	533
1. Die maßgeblichen Verfahrensvorschriften	533
2. Die Zuständigkeit im verwaltungsbehördlichen Verfahren	534
a. Allgemeines	534
b. Die sachliche Zuständigkeit	534
c. Die örtliche Zuständigkeit	535
d. Zuständigkeitskonkurrenzen	538
e. Sprengelüberschreitende Amtshandlungen von Exekutivorganen	538
f. Zuständigkeit bei Beteiligung mehrerer Personen („Attraktionszuständigkeit“)	540
g. Die Delegation des Strafverfahrens und der Strafvollstreckung	541
3. Durchführung des Strafverfahrens gegen mehrere Täter	542
4. Zusammentreffen strafbarer Handlungen	543
5. Verjährung	547
a. Allgemeines	548
b. Verfolgungsverjährung	548
c. Strafbarkeitsverjährung	550
d. Vollstreckungsverjährung	553
B. Die Einleitung des Verwaltungsstrafverfahrens	554
1. Allgemeines	554
2. Absehen vom Strafverfahren	556
3. Ausforschung	558
4. Die Einleitung durch eine „Verfolgungshandlung“	559
C. Parteien des Verwaltungsstrafverfahrens	563
1. Allgemeines	563
2. Der Beschuldigte	563
3. Die Privatanklage	564
4. Die Privatbeteiligung	566

D. Sicherung des Strafverfahrens und des Strafvollzugs	569
1. Festnahme	569
2. Sicherheitsleistung	574
3. Vorläufige Sicherheit	577
4. Beschlagnahme von Verfallsgegenständen	579
E. Ordentliches Verfahren	582
1. Allgemeines	582
2. Rechtfertigung des Beschuldigten	583
3. Mündliche Verhandlung	588
4. Erledigung des ordentlichen Verwaltungsstrafverfahrens	589
a. Allgemeines	589
b. Einstellung	590
c. Die Erlassung von Bescheiden	595
d. Form und Inhalt des Bescheides	596
e. Rechtswirkungen von Bescheiden in Verwaltungsstrafverfahren; Fehlerfolgen; Tilgung	599
F. Abgekürzte Verfahren	600
1. Strafverfügung	600
2. Anonymverfügung	603
3. Organstrafverfügung	607
G. Rechtsschutz innerhalb der Verwaltung	611
1. Allgemeines	611
2. Der Einspruch gegen Strafverfügungen	612
3. Wiederaufnahme des Verwaltungsstrafverfahrens	615
4. Amtswegige Abänderung und Aufhebung von Bescheiden	615
5. Exkurs: Rechtsschutz vor den Verwaltungsgerichten	618
a. Sonderbestimmungen im Beschwerdeverfahren für Verwaltungsstrafsachen	618
b. Entscheidungspflicht und Rechtsschutz gegen Säumnis	619
H. Strafvollstreckung	622
1. Vollzug von Freiheitsstrafen	622
a. Haftort; Strafvollzugsbehörden	622
b. Unzulässigkeit des Vollzugs der Freiheitsstrafe	624
c. Strafaufschub und Strafunterbrechung	625
d. Einleitung des Strafvollzugs	627
e. Durchführung des Strafvollzugs	628
f. Kosten des Vollzugs von Freiheitsstrafen	630
2. Vollstreckung von Geldstrafen	631
I. Sonderbestimmungen für Jugendliche	634
J. Kosten des Strafverfahrens	636
1. Allgemeines	637
2. Pauschalierter Beitrag zu den Kosten des Strafverfahrens	637
3. Barauslagen	638
4. Einbringung der Kosten; Sonstiges	639

VII. Das Verwaltungsvollstreckungsgesetz

A. Geltungsbereich; Vollstreckungstitel	641
B. Zuständigkeit zur Vollstreckung	649
1. Allgemeines	649
2. Zuständigkeit der BVB	650
3. Zuständigkeit der LPD	651
4. Zuständigkeit der Gemeindebehörden	651
5. Zuständigkeit der Gerichte	652
6. Hilfsorgane der Vollstreckung	652
C. Die Vollstreckungsmittel	653
1. Allgemeines; Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	653
2. Eintreibung von Geldleistungen	655
a. Schuldnerschutz	655
b. Vollstreckung durch die Gerichte	655
c. Vollstreckung durch die Verwaltungsbehörden	658
d. Zusammentreffen verschiedener Exekutionsverfahren	659
3. Erzwingung vertretbarer Leistungen	659
4. Erzwingung unvertretbarer Leistungen	663
5. Anwendung unmittelbaren Zwanges	667
6. Einstweilige Verfügungen	668
D. Verfahren	669
1. Allgemeines	670
2. Das Vollstreckungsverfahren	670
E. Kosten	673
Stichwortverzeichnis	677